

## Neuer Monat, neue Ziele

Die Zahl der Flugverbindungen steigt auch in Bremen



In diesen Zeiten ein seltener Anblick: So sah es 2018 aus, als ein Flieger der mittlerweile insolventen Airline Germania in Bremen startete.

FOTO: KARSTEN KLAMA

VON STEFAN LAKEBAND

**Bremen/Berlin.** Wer regelmäßig in den Himmel schaut, der hat sie in den vergangenen Monaten vielleicht vermisst – oder war froh, dass sie nicht da waren: Flugzeuge. Die Corona-Krise hatte den weltweiten Flugbetrieb weitestgehend lahmgelegt. Im Juli dürfte der Blick nach oben aber ein anderes Bild zeigen. Vielerorts starten wieder vermehrt Flugzeuge. Auch der Himmel über Bremen dürfte voller werden.

Rechtzeitig zur Urlaubszeit wurden bereits vergangenen Monat viele Reisewarnungen aufgehoben, gleichzeitig haben Airlines ihr Angebot wieder hochgefahren. In diesem Monat wird sich dieser Trend fortsetzen, glaubt der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL). Er hat ermittelt, dass Passagiere ab Juli 239 Ziele in 69 Ländern ab deutschen Flughäfen erreichen. Während die Fluggesellschaften im Juni rund 30 Prozent ihres ursprünglichen Streckennetzes bedienen, sollen es im Juli wieder 60 Prozent sein.

Diese Zahlen bedeuten aber nur eine kleine Besserung: Denn – auch das geht aus der Analyse des BDL hervor – die Fluggesellschaften liegen noch weit unter der Auslastung des Vorjahres. Im Juni waren es gerade einmal 14 Prozent, für Juli rechnet der Verband mit Flügen, die etwa 27 Prozent des Angebots des vergangenen Jahres entsprechen.

Auch der Bremer Flughafen spürt noch die Folgen der Pandemie. Vor Corona sei man von 30 Zielen im Sommerflugplan ausgegangen, sagt Andrea Hartmann, Sprecherin des Flughafens. Jetzt plane man mit 23, die früher oder später angefliegen werden sollen. Die eigentlich geplanten Ziele Danzig, Hurgada, Kiew, Neapel, Toulouse, Vilnius und Zadar wurden

bereits gestrichen. Dem Trend folgend bringt der Juli auch in Bremen Veränderung. Die Zahl der angefliegenen Ziele verdreifacht sich – von vier im Juni auf nun 13. Noch in dieser Woche kommen unter anderem Verbindungen nach Alicante, Frankfurt, London, Mallorca und Istanbul hinzu.

Ab Mitte Juli soll das Angebot noch einmal zusätzlich wachsen; weitere Verbindungen und erhöhte Frequenzen sind auch für August geplant. Bei einigen Airlines steht noch nicht fest, wann sie den Betrieb am Airport wieder aufnehmen.

Wer sich die momentan angefliegenen Ziele anschaut, dem fällt auf, dass es vor allem Verbindungen innerhalb Europas sind, die wieder bedient werden – und hier vor allem die klassischen Urlaubsgebiete. Laut BDL sind im europäischen Ausland 168 Zielorte in 39 Ländern zu erreichen, was 79 Prozent der im Juli 2019 angefliegenen Destinationen entspricht. Am häufigsten angesteuert werden Palma de

Mallorca, Istanbul, Wien, Antalya und London.

Wer in ein Land außerhalb Europas reisen will, braucht etwas mehr Glück, eine Verbindung zu finden. Nach BDL-Angaben sind rund 50 Ziele in etwa 30 Ländern im interkontinentalen Verkehr wieder zu erreichen. Das entspricht 29 Prozent des eigentlichen Streckennetzes. Die am häufigsten angefliegenen Ziele hierbei sind Doha, Tel Aviv, Dubai, New York und Toronto. Gemessen in Abflügen beträgt das Langstreckenangebot 15 Prozent gegenüber Juli 2019.

Laut BDL-Präsident Peter Gerber versuchen die Fluggesellschaften jetzt, „den Passagieren ein möglichst großes Netz anzubieten“. Oberste Prämisse sei, den Neustart der Luftfahrt verantwortungsbewusst zu gestalten. „Das heißt, dass entlang der gesamten Reisekette Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen gelten, die das Infektionsrisiko gering halten.“

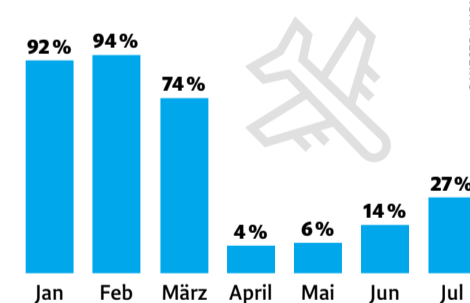
Diese Regeln sorgen auch dafür, dass sich

die Abläufe an den Flughäfen verändert haben. So gilt im Terminal sowie in den Geschäften eine Maskenpflicht. Auch viele Fluggesellschaften, darunter die Lufthansa, schreiben ihren Passagieren eine Mund-Nase-Bedeckung vor. Im Flughafen werden die Reisenden aufgefordert, einen Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Menschen zu halten. Zudem haben einige Flughäfen und Fluggesellschaften auf Anordnung der Bundespolizei das Handgepäck limitiert. Für alle Passagiere gilt: nur ein Gepäckstück pro Person. Dadurch sollen die Wartezeiten an der Sicherheitskontrolle und beim Boarding, wenn viele Menschen auf engem Raum zusammenstehen, so kurz wie möglich sein.

In Bremen haben diese Regeln laut Andrea Hartmann bislang gut funktioniert. Die Reisenden hätten sich bereits daran gewöhnt. Hartmann sagt: „Die Menschen kennen solche Vorschriften bereits von Orten wie dem Supermarkt oder den Restaurants.“

### LUFTVERKEHR 2020 IM VERHÄLTNISS ZU 2019

Flugangebot ab deutschen Flughäfen 2020 im Verhältnis zu 2019 – deutsche und ausländische Airlines



© WESER-KURIER - JOMA, QUELLE: BDL

## Easyjet will Kapital besorgen

**Luton.** Der britische Billigflieger Easyjet versucht, sich nach einem herben Verlust in der Corona-Krise frisches Kapital von Anlegern zu besorgen. Durch die Ausgabe neuer Anteilscheine im Umfang von bis zu 14,99 Prozent des bisherigen Aktienkapitals sollen 400 bis 450 Millionen britische Pfund (442 bis 498 Mio Euro) hereinkommen, teilte Easyjet am Mittwochabend nach Börsenschluss in Luton bei London mit.

Da für eine Kapitalerhöhung von mehr als zehn Prozent ein neuer Beschluss der Anteilseigner notwendig ist, hätten sich Management und Verwaltungsrat bemüht, bereits vor

der Ankündigung mit den größten Aktionären zu sprechen. Die Abstimmung soll bei einer Hauptversammlung am 14. Juli stattfinden.

Mit dem Schritt will das Management die flüssigen Mittel der Airline weiter aufstocken. Zusammen mit dem Erlös aus dem Verkauf und dem Zurückmieten eigener Flugzeuge soll die Ausgabe neuer Aktien die Liquidität der Airline von derzeit 2,4 Milliarden Pfund auf rund drei Milliarden Pfund nach oben treiben. Das Unternehmen hat sich bereits frische Kredite beschafft, darunter Mittel aus dem britischen Corona-Hilfsprogramm. DPA

## Branche einigt sich auf „Schienenpakt“

Einfacher, schneller, pünktlicher: Bahnfahren soll wettbewerbsfähiger werden – Politik und Wirtschaft unterzeichnen Fahrplan

VON MATTHIAS ARNOLD  
UND ANDREAS HOENIG

**Berlin.** Bahnkunden sollen künftig einfacher und schneller ans Ziel kommen, die Züge pünktlicher werden – und außerdem sollen mehr Güter von der Straße auf die Schiene geholt werden. Es sind große Ziele, die in einem „Schienenpakt“ von Politik und Wirtschaft genannt werden. Der Weg bis dahin aber ist noch lang.

Nach zweijähriger Arbeit unterzeichneten am Dienstag in Berlin im Bundesverkehrsministerium Politik, Gewerkschaften, Bahn-Unternehmen und Verbände am Dienstag den „Fahrplan“ für die Zukunft der Schiene. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sagte, die Schiene könne der Verkehrsträger Nummer eins werden. Bis 2030 sollen doppelt so viele Menschen mit der klimafreundlicheren Bahn fahren als bislang.

Zentrales Element des Pakts ist der Deutschlandtakt – an dem allerdings bereits seit Langem gearbeitet wird. Wer heute werktags oder am Wochenende mit dem ICE von Berlin nach Köln fahren will, hat dazu jede Stunde einmal die Gelegenheit – künftig soll jede halbe Stunde ein Zug fahren. Den Anfang bei die-

sem Takt macht bereits im Dezember die Paradedrecke der Bahn von Berlin nach Hamburg – ein Jahr vor dem ursprünglichen Zeitplan. Die Anschlüsse zum Regionalverkehr sollen zudem besser aufeinander abgestimmt sein, um damit das Umsteigen zu erleichtern.

Scheuer nannte den Deutschlandtakt eine „kleine Revolution“. Er soll nicht nur im Personenfernverkehr Verbesserungen bringen. „Es geht um bessere, schnellere und zuverlässigere Verkehrsangebote für Personen und Güter“, sagte auch der Präsident des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen, Ingo Wortmann.

Allerdings wird es auf vielen Strecken noch Jahre dauern, bis der Deutschlandtakt umgesetzt ist. Ein großer Schritt solle 2025 erfolgen, so Scheuer. Bahnchef Richard Lutz sagte: „Fundamental ist der Ausbau der Infrastruktur.“ Daher sollen nun etwa viel belastete Knotenpunkte ausgebaut werden, geplant sind daneben der Aus- und Neubau sowie die Reaktivierung von Strecken.

Doch noch sind viele Fragen offen – und wie so oft geht es dabei ums Geld. „Das ist noch eine Blackbox“, sagte Klaus-Dieter Hommel, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), die ebenfalls an der Ausarbeitung beteiligt war. „Es gibt noch keine Entscheidung und keine Vorstellungen wie die Finanzierung künftig aussehen soll.“

Denn klar ist: Schon jetzt ist die Infrastruktur völlig überlastet. Der Plan der Branche sieht nicht nur mehr Personenverkehr vor, sondern will auch den Anteil der Schiene am Güterverkehr von derzeit 19 auf rund 25 Prozent bis 2030 zu erhöhen. All das erfordert zusätzliche Kapazitäten. „Trotz erheblicher Mit-

tel reicht das Geld aber nicht einmal dafür aus, die bestehende Infrastruktur nicht älter werden zu lassen. Und das ist ein Alarmsignal“, sagte Hommel.

Bund und Deutsche Bahn hatten sich bereits im vergangenen Jahr auf ein Paket von rund 86 Milliarden Euro für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur in den kommenden zehn Jahren geeinigt. Im neuen Plan steht nun die Forderung, die Mittel für Neu- und Ausbauprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan sollten deutlich erhöht werden, von derzeit 1,5 Milliarden Euro auf bis zu vier Milliarden Euro pro Jahr. Beschlossen ist dies aber noch nicht.

Die Bahn-Konkurrenz im Güterverkehr fürchtet zudem, dass es die Bundesregierung mit der Stärkung der Schiene nicht ernst meint, und kritisiert vor allem, dass auch der Lastwagenverkehr weiterhin subventioniert wird. „Die Schiene wird bei allen ‚internen‘ Verbesserungen keine Marktanteile gewinnen, wenn die anderen Verkehrsmittel gleichzeitig oder gar schneller mit staatlicher Unterstützung gefördert werden“, sagte Peter Westenberg, Geschäftsführer des Netzwerks Europäischer Eisenbahnen (NEE).

Kommentar Seite 2

## Airbus streicht Tausende Stellen

Deutschland hart betroffen

VON JULIA NAUE

**Paris.** Schock bei Airbus: Der Flugzeugbauer will wegen der Luftfahrt-Krise weltweit 15 000 Stellen streichen – allein 5100 davon in Deutschland. „Eine solche Situation wollten wir eigentlich vermeiden“, sagte Airbus-Chef Guillaume Faury in einer Telefonkonferenz mit Journalisten. Die Streichungen seien aber notwendig, um die langfristige Zukunft von Airbus zu schützen. Die Covid-19-Pandemie habe die Luftfahrtindustrie in eine beispiellose Krise gestürzt.

Die Pläne sollen nun bis Sommer 2021 umgesetzt werden. Neben Deutschland will Airbus 5000 Stellen in Frankreich, 900 in Spanien, 1700 in Großbritannien und 1300 an weiteren weltweiten Standorten streichen. Die Einzelheiten dieses Plans müssten noch mit den Sozialpartnern abgestimmt werden. Betriebsbedingte Kündigungen könnten nicht ausgeschlossen werden. Weltweit beschäftigt Airbus 135 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon arbeiten 90 000 in der Verkehrsflugzeugsparte. „Die Aufteilung der Zahlen auf die Länder reflektiert, wie stark die Geschäftsteile von Covid-19 betroffen sind“, erklärte Faury.

Airbus beschäftigt in Deutschland nach eigenen Angaben rund 46 000 Mitarbeiter an fast 30 Standorten – etwa in Hamburg-Finkenwerder, Stade oder Bremen. In der Verkehrsflugzeugsparte arbeiten demnach mehr als 28 000 Menschen. Von den Streichungen sollen nun auch Stellen der Airbus-Tochter Premium Aerotec mit Sitz in Augsburg betroffen sein. Hinzu kommen dort aber noch die 900 Jobs, deren Abbau bereits vorgesehen war.

Bei Airbus schrillen schon länger die Alarmglocken. Der Konzern erwartet, dass sich der Luftverkehr nicht vor 2023 erholen wird und möglicherweise erst 2025 wieder auf dem Niveau von vor Corona sein wird. Der Franzose Faury hatte bereits vor einigen Tagen angekündigt, für zwei Jahre seine Produktion und seine Auslieferungen um 40 Prozent kürzen. Faury hatte aber zugesichert, wegen der Drosselung des Geschäftes keine Endmontagelinie zu schließen. Alle Modelle würden weiter produziert, aber in langsamerem Tempo. Von der meistverkauften Baureihe A320 sollen nur noch 40 Maschinen im Markt zumächst nicht ab.

Die IG Metall warnte vor einem Kahlschlag. „Weder Airbus noch die gesamte Luftfahrtbranche können sich angesichts einer solchen Herausforderung den Abbau Tausender Fachkräfte leisten, die noch vor der Krise händelnd gesucht wurden“, erklärte Jürgen Kerner, zuständig für die Luft- und Raumfahrtbranche.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte vor einigen Wochen ein 15 Milliarden Euro schweres Rettungspaket für die gesamte Luftfahrtindustrie angekündigt. Aus Paris kam nun Kritik an den Sparplänen von Airbus. Die Zahl 15 000 sei überhöht, hieß es aus Kreisen des Wirtschafts- und Finanzministeriums von Ressortchef Bruno Le Maire. Man erwarte von dem europäischen Flugzeugbauer, dass er die von der Regierung angebotenen Möglichkeiten für die Beschäftigung voll nutze.

## VW will Portal am 6. Juli schließen

Entschädigungen vor Abschluss

**Wolfsburg.** Die Entschädigungszahlungen an Volkswagen-Kunden im Dieseldieselvergleich stehen kurz vor dem Abschluss. In rund 240 000 Fällen seien insgesamt mehr als 750 Millionen Euro überwiesen worden, teilte der Konzern am Dienstag mit. Das zugehörige Online-Portal ist noch eine knappe Woche lang in Betrieb, es soll am 6. Juli geschlossen werden. Danach können Kunden nur noch per Post Unterlagen einreichen, etwa Rechnungen von Anwälten. Bei weiteren Verfahren, die vor Gericht anhängig sind, will der Konzern nach einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zugunsten der Verbraucher auf die Kläger zugehen.

VW erklärte, der Vergleich zum Musterverfahren sei inzwischen „im Wesentlichen abgewickelt“. Einige Tausend Ansprüche würden derzeit noch geprüft oder seien in der Umsetzung – mit einer größeren Veränderung der Zahlen rechne man bis zur kommenden Woche nicht mehr. Mit denjenigen Kunden, die anspruchsberechtigt seien, habe man sich zu mehr als 90 Prozent einigen können. Je nach Alter und Typ des Fahrzeugs wurden Beträge zwischen 1350 und 6257 Euro angeboten. DPA



Von Berlin nach Köln im 30-Minuten-Takt – nur ein Ziel des „Schienenpaktes“.

FOTO: ZUCCHI/DPA